

len so weit vorgeschritten sein, daß die Bekanntmachung desselben nicht mehr allzu lange wird auf sich warten lassen. Wie wir hören, wäre es in 20 Paragraphen zusammengedrängt worden, und unsere Gesetzgebung hätte sich hier also von dem Princip der Kürze und Bündigkeit recht erfreulich durchdringen lassen. Nach dem neuen Wechselrechte würde jeder majorenne Untertan als wechselfähig anerkannt werden, während bis jetzt in Preußen die Wechselbefähigung nur an bestimmte Klassen geknüpft ist. Durch die Erlassung eines solchen Gesetzes würde sehr wahrscheinlich auch dem bei uns so tief gesunkenen Personalcredit eine nicht unwesentliche Unterstützung gewährt werden.

Die berliner Hausvoigteigefängnisse sind gegenwärtig, nach den „Beiträgen“, in einem so hohen Grade mit Gefangenen angefüllt, daß in ihnen kaum noch ein leerer Raum vorhanden ist. Meistens sind es solche Gefangene, welche in politische Untersuchungen verwickelt sind. Namentlich befinden sich darunter viele junge Polen, sogar Gymnasiasten, welche bei der letzten polnischen Coalition betheiligt sind. Um die Ausbildung dieser jungen Leute durch die Haft nicht zu unterbrechen, ist jetzt in der Hausvoigtei eine vollständige Schule eingerichtet, in welcher dieselben von einem hiesigen Gymnasiallehrer in den Hauptzweigen der Wissenschaft unterrichtet werden. Auch eine vollständig eingerichtete Kirche befindet sich in der Hausvoigtei. Die Lage der dortigen Gefangenen ist eine ungleich günstigere als die der Bewohner des neuen Zellengefängnisses in Moabit.

Der Weser-Zeitung schreibt man aus Berlin vom 12. April: „Obgleich die Landtagsangelegenheiten die öffentliche Aufmerksamkeit völlig absorbiren, so müssen wir doch heute schon der nun wirklich erfolgten Kündigung des englisch-preussischen Handels- und Schiffsahrtsvertrags vom 2. März 1841 gedenken. So groß auch die Schwierigkeiten für eine desfallsige Einigung unter den Zollvereinsstaaten dadurch zu werden drohten, daß die Frage wegen des Zuckerzolls von mehreren der süddeutschen Staaten in den Vordergrund gerückt wurde, so haben dieselben doch die bestimmte Fassung des Entschlusses nicht zu hindern vermocht, den Vertrag in seiner gegenwärtigen Form und Fassung mit dem Schlusse des gegenwärtigen Jahres wirklich ablaufen zu lassen. Die hierfür nothwendig werdende Kündigung, die bekanntlich vor dem 30. Jun. geschehen mußte, ist, wie wir aus der zuverlässigsten Quelle versichern hören, in diesen Tagen bereits wirklich erfolgt und die darüber lautende Depesche in vergangener Woche nach London abgegangen. Auch der Erlass gesetzlicher Bestimmungen, durch welche das Auswanderungswesen innerhalb des preussischen Staats geregelt und in engere Grenzen zurückgeführt werden soll, dürfte in naher Zeit bevorstehen. — Die Stände haben in dem Mielen'schen Saale den Mittelpunkt ihrer Vereinigung gefunden. Bisher war es den Ständemitgliedern erlaubt, Gäste mitzubringen. Jetzt ist diese Erlaubniß aufgehoben worden, und die Stände werden ganz unter sich verkehren können. Gewiß ist es nun von außerordentlicher Wichtigkeit, daß die Abgeordneten sich unter einander kennen lernen, und jene Ausschließung der Gäste scheint namentlich dadurch hervorgerufen zu sein, daß man auch den Schein vermeiden will, als ob äußere Einflüsse irgendwie Raum gegeben werde.“

Aus Köln vom 13. April schreibt die Rhein- und Moselzeitung: „Laut dem heute verkündeten Spruche ist die Verleumdungsfrage gegen die Gräfin Haxfeld und Lafalle (Nr. 102) abgewiesen worden, weil die Verbreitung nicht hinlänglich bewiesen sei. Eine der Klägerinnen soll jedoch gegen das Urtheil appelliren wollen.“

In Königsberg ward am 13. April die Denksäule eingeweiht, welche die deutsch-katholische Gemeinde daselbst zum Tage ihrer zweiten Stiftungsfeier auf ihrem Kirchhof errichtet hat.

Spanien.

Man schreibt vom 8. April aus Madrid, daß die Cortes erst am 12. April ihre Verhandlungen wieder aufnehmen werden. In einer Sitzung des Ministerraths soll, nicht ohne vorhergegangenes Einvernehmen mit den Cortesabgeordneten Cortina, Madoz und Mendizabal, also der progressivistischen Partei, eine Ausdehnung der Amnestie beschloffen worden sein, welche den seit 1843 verbannten progressivistischen Generalen ihre Grade etc. wiedergeben und Robil, Vinage, Santa Cruz, Ruiz, Ametller und Andern die Rückkehr gestatten würde. Der Siegesherzog Espartero würde ebenfalls, jedoch erst in einiger Zeit, die Erlaubniß zur Rückkehr erhalten.

Die Ernennung des Herzogs v. Valencia (Narvaez) zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris an die Stelle von Martinez de la Rosa, sowie die von Don Luis Lopez de la Torre Ayllon zum Gesandten in Lissabon an Hrn. Gonzalez Bravo's Stelle wird durch die in der Gaceta vom 8. April enthaltenen königl. Decrete darüber bestätigt. Hrn. Martinez de la Rosa soll der Gesandtposten in Rom angeboten, von ihm aber abgelehnt worden sein; Gonzalez Bravo ist zum Mitgliede des Staatsraths ernannt worden. General Serrano begibt sich nach Andalusien, angeblich aus Gesundheitsrückichten, und wird dort das Ergebnis des nun beim obersten Kriegs- und Admiralgereichtshofe gegen ihn anhängigen Processes abwarten. Die Gerüchte von dem Zwecke der Sendung des Generals Manuel de la Concha

nach Paris (Zurückhaltung der Königin Christine) fügen an sich zu verliern, und es hieß, daß er der portugiesischen Angelegenheiten wegen dahin gehe. Der entlassene Commandant der Gallebarde, Señor Rubianes, protestirt jetzt gleich Hrn. España gegen die Erzählung von den Auftritten (Nr. 105), zu denen er im Palaste Ursache gegeben haben soll. Zu den Entlassungen von Hofbeamten ist noch die des Einführers der Gesandten Hrn. D'Arana, Desselben, der den Prinzen von Montpensier und seine Gemahlin von Madrid nach Frankreich begleitete, gekommen.

Großbritannien.

London, 12. April.

Das Unterhaus hält heute seine erste Sitzung nach Ostern; das Oberhaus tritt erst am 15. April zusammen.

Die diesmalige Osterwoche, schreibt der Spectator, wird durch Dreierlei ausgezeichnet, was Zeugniß ablegt für den Fortschritt des Landes in Politik, Handel und Künsten. Sie bringt dem Hause der Lords sein neues Local in dem prächtigen Palaste von Westminster, dem londoner Publicum eine zweite italienische Oper und dem Handelsverkehr der Nation einen neuen Hafen im Mersey: die Eröffnung der großen Docks von Birkenhead. In andern Beziehungen ist Ostern diesmal ziemlich still. Die Dauer der Parlamentssession ist immer eine Zeit, zu welcher die Dinge und Geschäfte einen lokalen Anstrich bekommen; in diesem Jahr aber ist die Natur der Geschäfte und Dinge der Art, daß sie sofort ihr Interesse verlieren, wenn sie aufhören, London und das Reich zu betreffen. Der große Gegenstand der Parlamentsdebatten, Irland, ist nicht für Kirchthumpolitiker geeignet; Parteistreitigkeiten gibt es nicht, die im Lande fortzuführen und durch die Guerrillafekten öffentlicher Versammlungen zu unterstützen wären. Die einzige Frage zur Belebung der politischen Unterhaltung ist noch der Erziehungsplan der Minister. Doch auch diese Angelegenheit verfehlt aus mehr als einem Grunde, das Interesse wahrhaft in Anspruch zu nehmen. Es ist kein eigentlicher Streit darüber, Niemand wehrt sich. Die dagegen unternommene Agitation ist mechanischer Natur und von einem zwar zahlreichen und einflussreichen Theile des Volks, den Dissentern, angeregt, der aber keine Majorität bildet und weder eine ausgezeichnete intellektuelle noch in der Gesellschaft hohe Stellung inne hat. Der Führer bei dieser Agitation zu sein ist so wenig lockend für den Ehrgeiz, daß sich Niemand gefunden zu haben scheint, diesen Posten Hrn. Edward Baines jun. streitig zu machen. Seine literarische Stellung hat auch nichts dabei gewonnen, daß er merkwürdig genug darzuthun versucht hat, es fehle nicht an Unterricht für das Volk.

Daily News spricht von zwei Briefen aus Schottland, welche Außerordentliches melden. Der Lordlieutenant einer schottischen Grafschaft, ein Pair von Schottland, sei nämlich plötzlich verschwunden; er habe eine Menge von Wechsellern in Umlauf gesetzt, welche die Unterschriften seines Sohnes und anderer Anverwandten trügen, und diese Unterschriften wären abgeläugnet worden. Es heiße, daß ansehnliche Summen für die Armen bestimmt, bei dem Ruin dieses Lordlieutenants verloren gingen.

In dem von Handwerkern und Arbeitern fast ausschließlich bewohnten londoner Stadttheile St. Giles ist mit einem Aufwande von 6000 Pf. St. eine Musterherberge für die arbeitenden Klassen erbaut worden. Entspricht sie den dapon gehegten Erwartungen, so sollen nach demselben Plane noch mehrere aufgeführt werden, deren jede für die Nacht 100 Arbeiter aufnehmen kann, und wo für ein Schlafgeld von 4 Pence Jeder eine gesonderte Schlafstelle und ein gutes Bett erhalten wird, und Alle gemeinsam einen Saal, eine Küche, Waschzimmer und sonstige Bequemlichkeiten benutzen können.

Frankreich.

Paris, 13. April.

Die Pairskammer war gestern nur kurze Zeit versammelt. Es gingen Berichte über bereits vorliegende und die neuerdings von der Deputirtenkammer votirten Gesetzentwürfe ein. Das Gesetz über 420,000 Fr. zu Straßenbauten im südlichen Frankreich wurde in seinen Artikeln angenommen, konnte aber wegen Unvollständigkeit der Kammer nicht votirt werden. Der Marquis de Beissy, welcher durch seine Geschwätzigkeit und sein oft sehr unparlamentarisches Verhalten der Kammer so viel zu schaffen macht, hatte einen Antrag auf Erlaubniß eingereicht, den Kriegsminister wegen gewisser außerordentlich harter Bestrafungen von Soldaten in Algerien interpelliren zu dürfen. Auf die in der Geschäftsordnung begründete Frage des Präsidenten: ob zwei edle Pairs den Antrag unterstützen wollten? erfolgte keine Aeußerung. Auch als Hr. Pasquier nochmals fragte: Antwortet gar Niemand? schwieg Alles still; als er aber dann erklärte, daß der Antrag keine Unterstützung gefunden habe, lachte die Kammer.

Die Deputirtenkammer schritt durch das Loos zur monatlichen Erneuerung ihrer Abtheilungen. Der Unterrichtsminister Hr. de Salvandy übergab den erwarteten Gesetzentwurf über den Primairunterricht, und bemerkte nur dazu, daß derselbe eine Menge von Bestimmungen über Anstellung, Befugnisse und Ruhegehälter der Lehrer enthalte, sowie den aus 36 Artikeln bestehenden Gesetzentwurf über den Secundair-